

Leserbrief in Hinz und Kunzt

Zu einem Beitrag über den Subventionsschwindel einer bekannten bayrischen Milchfabrik

Politik zieht falsche Schlüsse

Schön, dass die schöne Geschichte von Herrn M. bei Hinz&Kunzt veröffentlicht wurde. Natürlich werden sich viele in den Chor der Empörten einreihen wollen, soviel Unverfrorenheit seitens des Herrn M. und seines Managements und soviel Dummheit unserer Politiker, lässt jeden Gutmeinenden gewiss die Zornesröte hochsteigen. Aber schaut man die Sache einmal realistisch an, lässt seine Gefühle einmal beiseite, auch den Umstand, dass es sich sicherlich um einen geschickt eingefädelten Subventionsbetrug handelt: Dann muss man sich fragen, woher kommt die Aufregung, wenn jemand eine moderne Fabrik baut, die weniger Arbeitskräfte braucht. Sind wir nicht alle froh über den technischen Fortschritt, wer möchte denn auf die Waschmaschine oder auf moderne Fortbewegungsmittel verzichten und auf billige Waren. Sollen ausgerechnet die Unternehmer mehr Leute einstellen und dafür die Maschinen abschaffen?

Und damit kommen wir zum Kernpunkt dieser Fragen. Die Politiker aller Parteien haben Vollbeschäftigung als Ziel vor Augen und propagieren sogar, die Leute sollen mehr und länger arbeiten. Die bezahlte Arbeit aber wird von Jahr zu Jahr knapper. Alle wissen das, aber die Politik zieht die falschen Schlüsse daraus, ja sie subventioniert unsinnig jeden neuen modernen Arbeitsplatz und will nicht sehen, dass dabei viele andere Arbeitsplätze wegfallen. Allein im Bankgewerbe schätzt man die Rationalisierungsmöglichkeiten in naher Zukunft so ein, dass über 50% der Arbeitsplätze wegfallen werden.

Der Arbeitslose wird dann auch von den Medien und Teilen der Gesellschaft als Versager stigmatisiert und von der Arbeitsbürokratie entwürdigt, siehe HartzIV. Hinz & Kunzt macht dankenswerterweise immer wieder auf Menschen aufmerksam, die nicht zu unserer Zweidrittelgesellschaft gehören, sondern an den Rand geschoben worden sind, auch aufgrund der falschen Politik.

Dabei gibt es einen neuen Denkansatz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der sich langsam aber immer mehr verbreitet. Wir müssen zu einer stärkeren Abkoppelung von Arbeit und Einkommen kommen und ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Sozialarbeit wird dadurch nicht weniger, aber es können Kräfte frei werden, die sich bisher mit sinnloser Bürokratie beschäftigt haben und freiwilliges Engagement bekommt endlich die Förderung, die es verdient hat.

Ernst Ullrich Schultz